



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

19. Oktober 2011

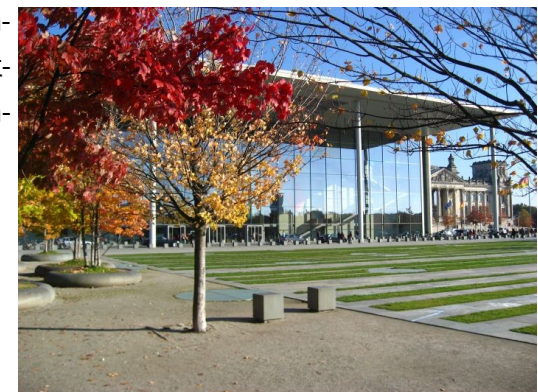
Liebe Leserin, lieber Leser,

die Schulden- und Finanzkrise in Europa bleibt - leider - ein Dauerbrenner. Die Banken geraten im Zuge der Krise erneut ins Straucheln, schon werden Stimmen laut, die warnen, diesmal könne alles schlimmer werden als zu Zeiten der Pleite der US-Bank Lehman Brothers 2008. Europas Banken benötigen also mehr Kapital, um die Schuldenkrise zu überleben. Allerdings ist noch ungeklärt, wie das Geld verteilt werden soll und woher es kommt. Merkel und Sarkozy haben nach ihrem Treffen in Berlin vergangene Woche den „großen Wurf“ für die künftige EU-Finanzpolitik angekündigt - Details sind aber bislang keine bekannt. Am kommenden Wochenende tagen in Cannes erneut die Staats- und Regierungschefs, um über weitere Rettungsmaßnahmen zu beraten. Wir hatten gefordert, dass die Bundesregierung vor dem Gipfel das Parlament über ihre Verhandlungsstrategie auf dem EU-Gipfel informiert - nun wird es dazu am Freitag eine Regierungserklärung geben. Ich bin gespannt, mit welchen Forderungen die Kanzlerin zu dem Treffen reisen wird.

Zurzeit machen Noushin aus Darmstadt und Carina aus Bickenbach ein Praktikum in meinem Büro und haben ein paar herbstliche Eindrücke im Regierungsviertel mit der Kamera eingefangen - so schön sagt der Herbst langsam „Auf Wiedersehen!“ ...

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries



Stimmen Sie für Darmstadt ab!

Behindertensportler des Jahres

Zum 8. Mal zeichnet der Deutsche Behindertensportverband den „Behindertensportler des Jahres“ aus. **Zur Wahl stehen Sportlerinnen, Sportler und Teams.** Geehrt werden die erfolgreichsten Behindertensportler am 26. November in Köln - doch vorher **können Sie noch bis zum 31. Oktober unter www.dbs-sportlerwahl.de abstimmen, wer in die zweite Runde kommt.** Die drei Sportler pro Kategorie mit den meisten Stimmen stehen im November erneut zur Wahl, bevor dann die Zuschauer des ZDF-Morgenmagazins die Sieger wählen. **Nominiert ist auch der Darmstädter Schwimmer Daniel Simon - meine Stimme hat er!**



Veranstaltungs-Tipp

Prävention in der Gesundheitspolitik

Vorbeugen ist besser als Heilen. Das ist einleuchtend, aber leichter gesagt als getan. Nicht nur wir Politiker sitzen zu viel, essen oft zu ungesund und bewegen uns zu wenig, auch seelische Überlastung und Burn-Outs nehmen zu. Wir alle kennen die Folgen ungesunder Lebensführung. Aber Veränderungen fallen uns oft schwer. **Wie kann Prävention im Alltag besser gelingen?**

Dazu diskutieren am 2. November um 17 Uhr im Darmstädter Karolinenaal u.a. Marion Caspers-Merck, Präsidentin des Kneipp-Bundes und Peter Buchenau, Präventionsexperte. Ab 16 Uhr findet im Foyer des Karolinenaaals ein „Markt der Möglichkeiten“ statt - Sie sind herzlich eingeladen!

„Bundestrojaner“ - „Staatstrojaner“ - „Bayertrojaner“: Die Bundesregierung muss aufklären

Der Chaos Computer Club (CCC) hat in der vergangenen Woche den Code einer Software geknackt, die ganz offensichtlich von staatlichen Ermittlungsbehörden in Bayern zum Ausspionieren von Computern genutzt wurde. Dieser sog. „Trojaner“ wurde von Zollbehörden in Bayern auf den Computer eines Verdächtigen aufgespielt, um - ähnlich wie beim Abhören von Telefongesprächen - die Kommunikation per Internet zu überprüfen. Selbstverständlich ist es wichtig und notwendig, dass der Staat auch bei Delikten ermitteln kann, die über das Internet geschehen. Doch das muss natürlich immer auf der Grundlage eines Gesetzes und rechtsstaatlich einwandfrei geschehen.

Das, was der Chaos Computer Club nun herausgefunden hat, lässt jedoch stark vermuten, dass in einigen Fällen die Behörden mehr gemacht haben, als sie dürfen. Dies haben uns Constanze Kurz und Frank Rieger vom CCC am Montag in einem Gespräch noch einmal ausführlich erläutert. Nach ihren Erkenntnissen ist vor allem bedenklich, dass der bekannte Code des Trojaners aus Bayern eine Funktion enthält, die ein „Nachladen“ möglich macht. D.h. nach dem Aufspielen des Trojaners können seine „Ausspäh“-Möglichkeiten durch Aktivierung eines Teil des Software-Codes oder durch Nachladen von zusätzlichem Software-Code erweitert („nachgeladen“) werden, z.B. um die Videoüberwachung eines Raumes zu ermöglichen. Dies ist vor allem deswegen problematisch, weil ein Urteil des Bundesverfassungsgericht von 2008 im Zusammenhang mit solchen Überwachungsmaßnahmen eine Nachlade-Funktion ausdrücklich für nicht zulässig erklärt hat. In dem bayerischen Fall hat außerdem das Landgericht Landshut die Maßnahme für rechtswidrig erklärt. Wenn nun der zuständige Landesinnenminister und auch der Bundesinnenminister erklären, eine einzelne Abhörmaßnahme sei wichtiger als die Rechtsauffassung dieser Gerichte, dann muss an dem Verfassungsverständnis der Herren gezweifelt werden.

Uns im Bundestag interessiert natürlich besonders, welche Überwachungsmaßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes genutzt wurden, z.B. beim Zollkriminalamt, das dem Bundesfinanzministerium untersteht, oder beim Bundeskriminalamt. Wir haben deshalb diese Woche im Bundestag eine Aktuelle Stunde zu dem Thema beantragt und erwarten vor allem vom Bundesinnenminister, dass er erläutert, ob und wenn ja wie oft und für welche Zwecke Behörden in seinem Zuständigkeitsbereich von Trojanern dieser Art Gebrauch gemacht haben.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
Noushin und Carina*

Deutschland wird älter - wir müssen vorbereitet sein!

Diesen Freitag wird der demografische Wandel im Bundestag Thema sein. Die SPD hat zu diesem Thema eine Große Anfrage an die Bundesregierung gestellt - jetzt wird Gelegenheit sein, im Plenum darüber zu debattieren.

Demografischer Wandel bedeutet, dass sich die Bevölkerungsstruktur in unserem Land verändert - konkret die Altersstruktur: Immer mehr Menschen leben immer länger und es werden weniger Kinder geboren - diese Erkenntnis ist nicht neu. Demografischer Wandel bedeutet aber auch, dass es Wanderbewegungen innerhalb Deutschlands und in der EU gibt. Innerhalb Deutschlands wandern die Menschen tendenziell von Nord nach Süd und von Ost nach West. Gerade Frauen verlassen die Regionen, weil sich ihnen anderswo bessere Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeiten bieten - das bedeutet, dass zukünftig im Osten Deutschlands noch weniger Kinder geboren werden und dass den öffentlichen Kassen langfristig auch immer weniger Steuereinnahmen zur Verfügung stehen werden.

Dass die Lebenserwartung in Deutschland steigt, ist natürlich eine erfreuliche Entwicklung. Und wir müssen uns vor dem demografischen Wandel auch nicht fürchten, sondern wir müssen ihn gut organisieren! Dass es in Zukunft mehr alte Menschen geben wird, heißt auch, dass das Gesundheitssystem auf diese veränderte Situation reagieren muss: Wir müssen uns darauf einstellen, dass künftig mehr Menschen als heute auf Hilfe und Pflege angewiesen sein werden. Und weil es Regionen geben wird, die dauerhaft schwach besiedelt sind, müssen Wege gefunden werden, wie den dort lebenden Menschen trotzdem eine funktionierende Infrastruktur garantiert werden kann, wie Schulen, medizinische Versorgung, öffentliche Verkehrsmittel und die Teilhabe an Kultur sichergestellt werden können.

Wir wollen jetzt wissen, ob die Regierung an einem Handlungskonzept arbeitet, das diesen Entwicklungen angemessen begegnet - denn es darf keine Zeit mehr verloren gehen. Wir müssen jetzt reagieren und Reformen auf den Weg bringen, denn das, was wir jetzt nicht anstoßen, wird in Zukunft schmerzlich fehlen. Und unser Wohlstand in Deutschland soll schließlich dauerhaft, ökonomisch erfolgreich, ökologisch vernünftig, sozial gerecht und stabil, nachhaltig, friedlich und demokratisch bestimmt bleiben.